

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morosplan, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 10. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morosplan, Nr. 11753-54.

Rußlands abschreckendes Beispiel.

Amsterdam, 10. Juni. „Telegraaf“ meldet aus London: Die Delegation der englischen Arbeiterpartei, die Rußland besucht hat, ist gestern abend zurückgekehrt.

Der Vorsitzende der Abordnung, Ben Turner, sagte in einem Interview, in Rußland herrsche viel Unsicherheit zwischen dem flachen Lande und den Städten, weil letztere den Bauern für die Lebensmittel keine Kaufsmittel bieten könnten. Turner gab zu, daß in Rußland ein roter Terror geherrscht habe, aber schließlich als Vergeltung und als Folge des weißen Terrors. Der allgemeine Eindruck der Delegation sei, daß der Grundgedanke einer Räteregierung für ein demokratisches Land wie England nicht tauglich sei. Es liege sicher viel Gutes in dem Streben der Bolschewisten, aber sie berücksichtigen die menschliche Natur nicht, und so viel Schönes der Kommunismus in vielen Beziehungen auch einschleife, so könne er erst in einigen Generationen verwirklicht werden. Der Delegation ist aufgefallen, daß unter der bolschewistischen Regierung keine industrielle Freiheit besteht und daß Arbeitsunterdrückung nicht gestattet wird.

Turner sagte zum Schluß, die Bevölkerung des flachen Landes leide dem Bolschewismus nicht sowohl freundlich als vielmehr gleichgültig gegenüber, dagegen sei die große Mehrheit der Bevölkerung von Petersburg, wo am meisten gehungert wurde, unstrittig auf Seiten der Bolschewisten.

Eine Denkschrift Krassins.

London, 10. Juni. Es verlautet, daß die Denkschrift, die Krassin dem Ausschuss des Obersten Wirtschaftsrates unterbreitet hat, folgendes enthält:

1. Einstellung des Kriegszustandes als Vorbedingung der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen. 2. Einstellung der Blockade und 3. die Möglichkeit, wirtschaftliche und kommerzielle Beziehungen mit den Alliierten, mit denen Rußland im Kriegszustand lebt, anzuknüpfen. Ferner schärfe Umschreibung der Bedingungen für diese Wiederaufnahme. Diese Bedingungen umfassen eine Handelsvertretung auf der Basis der Gegenseitigkeit, ferner das Recht der Handelsvertreter, mit anderen Ländern in geregelter Verbindung zu treten und die Zusage, daß die

Frage, welche mit dem künftigen Frieden im Zusammenhang stehen, die gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Operationen nicht beeinflussen werden. Weiter die Wiederherstellung der Freiheit zu Wasser und zu Lande. Schließlich gibt Krassin eine Aufstellung der Waren, die in Rußland ein- und ausgeführt werden können.

Englisch-russische Verständigungsversuche.

Kopenhagen, 10. Juni. (TL) Nach einer Meldung aus London erklären die „Times“, daß die britische Regierung trotz des Widerstandes Frankreichs sich entschlossen sei, zu einer Verständigung mit Rußland zu kommen und besonders den Postverkehr wieder zu eröffnen. Millerand habe geltend gemacht, daß eine Wiederaufnahme des Postverkehrs mit einer Anerkennung der Moskauer Regierung gleichbedeutend sei.

Die Reeder gegen den Achtstundentag.

Kopenhagen, 10. Juni. Die Baltische- und Weibereederkonferenz, der Dampfschiffreederei Englands, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands und Belgiens hielt gestern hier nach dem Kriegsjahre die erste Jahresversammlung ab. In der Sitzung wurden Beschlüsse für den Böttcherbund, die Freiheit der Meere, den Handelsverkehr und gegen die Einführung des Achtstundentages an Bord der Schiffe angenommen. Ferner wurde beschlossen, die Segelschiffreederei in den Zusammenschluß aufzunehmen. Der Präsident der Konferenz, Schiffseeder Robbe aus Newcastle, wurde wiedergewählt und zum Ort der nächsten Jahresversammlung London bestimmt.

Das Wahlergebnis in Rumänien.

Amsterdam, 10. Juni. „Times“ meldet aus Bukarest: Durch die allgemeinen Wahlen in Rumänien erhielt General Averescu eine große Mehrheit. 215 Abgeordnete gehören zu der Volkspartei unter General Averescu, während die Opposition 127 Mitglieder zählt.

Ukrainisches Geld in Deutschland.

Selbstamtlich wurde dieser Tage bekanntgegeben, daß mit Desterreich-Ungarn, Rumänien und zum Teil mit der Ukraine die endgültigen Abrechnungen für die Lieferungen aus der Kriegszeit in die Wege geleitet worden seien. Es wurde allerdings hinzugefügt, daß die Abrechnungen mit der Ukraine zurzeit unübersichtbar wären, weil die Nachprüfung der Läger und Bestände in Kiew usw. nicht möglich sei. Es ist uns aber bekannt, daß Bestrebungen im Gange sind, das Guthaben des ukrainischen Staates in die Hände der Abenteuerer-Regierungen und Regierungs-Präsidenten zu spielen. So bemühen sich der Operetten-Beimann Skorobabki und seine Leute darum, die in Deutschland bei der Reichsbank deponierten Beträge an sich zu reißen. Desgleichen will Petljura mit polnischer Unterstützung Herr der Gelder werden. Wie uns zuverlässig berichtet wird, wird versucht, auf die Entente-Missionen einzuwirken, damit sie auf Deutschland nach der einen oder der anderen Richtung hin ihren Machtinfluß ausüben.

Für verschiedene Borenlieferungen, die Deutschland während der Besetzung der Ukraine von dort bezogen hat, sammelte sich bei der Reichsbank ein ansehnliches Guthaben des ukrainischen Staates an, ein Guthaben, dessen Höhe jetzt etwa 450 Millionen Reichsmark beträgt. Die deutsche Regierung hat mit vollem Recht die Auszahlung dieses Geldes bis jetzt verweigert. Die Unübersichtlichkeit der Läger und die Diebstahlererei in der Ukraine verbieten ein anderes Verfahren. Es darf nicht übersehen werden, daß die deutsche Regierung, irgendwelchen Einwirkungen nachgebend, zu einer Anerkennung dieses ablehnenden Standpunktes kommen werde. Auf Grund des Verfallens des Friedensvertrages können die Ententemächte in keiner Weise verlangen, daß das dem ukrainischen Staate, vor allem dem ukrainischen Volke gehörende Geld für irgendein Unternehmen, dem von vornherein kein Abenteuer-Charakter anhaftet, Verwendung findet. Es ist zu berücksichtigen, daß auch die ukrainische Sowjetregierung Anspruch auf das Geld erhebt. Wie kann die deutsche Regierung unter diesen Umständen das Geld freisetzen? Es muß daher mit größtem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß das Geld so lange in Verwahrung der deutschen Regierung verbleibt, bis sich eine rechtmäßige, mit genügend anerkannten Vollmachten des ukrainischen Volkes ausgestattete Regierung auf Grund des internationalen Rechts als berechnete Vertreterin der Ukraine herausstellt. Das alles hat dann in vollster Deutlichkeit zu geschehen, damit die geforderten Garantien auch richtig gegeben werden.

Die Wahlen in Sachsen.

Aus Dresden wird uns geschrieben:

Wohl kaum in einem anderen Lande hatte die Sozialdemokratie in dem verflochtenen Wahlkampf mit solchen Widerwärtigkeiten zu kämpfen wie im Freistaat Sachsen. Hier hatte neun Monate eine rein sozialdemokratische Regierung bestanden, die übrige Zeit verfügte wir in der Regierung über die überwiegende Mehrheit. Dabei hatte Sachsen als ausgeprägtestes Industrieland im Reiche und als Zuzugsgebiet am argsten unter Ernährungs-schwierigkeiten und den Folgen der Arbeitslosigkeit zu leiden. Für eine skrupellose unabhängige Regierung, die in der Hauptsache darin bestand, alle Schuld für die herrschende Misere nicht etwa auf die alten Gewalten, sondern auf die „berlotterte sozialdemokratische Regierung“ abzuwälzen und sie für alles Ungemach, worunter die Bevölkerung vielleicht härter noch als anderswo litt, verantwortlich zu machen, war somit in Sachsen ein besonders geeigneter Boden. Stellt man sich alles gebührend in Rechnung, dann wird man den Wahlausfall in Sachsen noch als erträglich bezeichnen müssen, soweit die sozialdemokratische Stimmengruppe in Betracht kommt, und es erklärlich finden, daß wir einen Rückgang um fast genau 50 Proz. erfahren haben. Unschwer haben wir trotz des besonders ungünstigen Wahltermins wenigstens nicht schlechter abgeschnitten, als es im Reichsdurchschnitt der Fall ist. Freilich ist der Mandatsverlust empfindlich, denn wir werden von 17 Vertretern, die wir in Sachsen in der Nationalversammlung hatten, nur 9 erhalten können, also nur reichlich die Hälfte des früheren Bestandes.

Die Stimmenverluste sind in den sächsischen Wahlkreisen nicht ganz gleichmäßig. Am größten sind sie im Kreise Chemnitz-Zwickau, wo der Verlust 46 Proz. beträgt, am größten im Kreise Leipzig mit 54 Proz., während Dresden mit 52 Proz. in der Mitte steht. Ob die stark oppositionelle Haltung der „Chemnitzer Volksstimme“ dazu beigetragen hat, eine größere Abwanderung zu den Unabhängigen zu verhindern und so das Chemnitzer Ergebnis etwas günstiger geworden ist, oder ob die Laxheit von Einfluß gewesen ist, daß in Chemnitz selbst die Unabhängigen bedeutungslos geblieben, dafür aber die Kommunisten stark aufgekomen sind, läßt sich kurzerhand nicht entscheiden.

Am besten sind mit ihrer bedenkenlosen Agitationsmethode die Unabhängigen gefahren. Sie haben ihre Stimmengruppen in Sachsen von 337 458 auf 579 397 vermehrt, aber doch nicht soviel gewonnen, wie wir unter der Ungunst der Situation und des Bruderkrieges verloren haben, denn die sozialdemokratischen Stimmen sind von 1 123 582 auf 563 008 zurückgegangen, wir haben mithin einen Verlust von 560 514 Stimmen zu beklagen, während der unabhängige Gewinn sich nur auf 241 939 Stimmen bezieht, wozu man noch 103 235 kommunistische Stimmen rechnen könnte. Das besonders beklagenswerte Gesamtergebnis des sozialistischen Wahlkampfes ist somit ein nicht unbeträchtlicher Rückgang der sozialistischen Stimmen, auch wenn man die aller drei Richtungen zusammenrechnet, und gleichzeitigem Anwachsen der bürgerlichen Stimmen. Das Stimmverhältnis hat sich in Sachsen also gestaltet:

Sozialdemokratische Stimmen einschließlich der Unabhängigen	Bürgerliche Stimmen
1919 . . . 1 461 040	963 506
1920 . . . 1 142 456	1 099 803
	+ 137 297

Auch wenn man den sozialistischen Stimmen die 103 235 kommunistischen zurechnet, bleibt noch ein Ausfall von mehr als 200 000.

Das Los der bürgerlichen Parteien war ein sehr verschiedenes. Die Demokraten waren als einzige bürgerliche Regierungspartei der robusten Agitation von links und rechts besonders ausgesetzt, die für alle die zahlreichen Widerwärtigkeiten die Regierungsparteien verantwortlich zu machen suchte. Sie sind unter der Einwirkung dieses Kreuzfeuers, das bei der politischen Unruhe vieler bürgerlicher Wähler besonders gefährlich war, von 532 469 auf 218 028 Stimmen zurückgegangen, haben mithin mehr als 300 000 Stimmen, fast 60 Proz. des früheren Bestandes verloren, während ihre Vertreterzahl von 7 auf 3 zurückgegangen ist.

Die Deutsche Volkspartei hat den größten Zuwachs, sie hat die schwankenden liberalen Elemente aufgenommen, die vor einer aufstrebenden demokratischen Politik zurückgeschreckt sind. Infolgedessen ist die volksparteiliche Stimmengruppe von 98 369 auf 459 651 gestiegen. Im allgemeinen blieben aber die Volksparteier in Sachsen bei ihrer Agitation kühler und zurückhaltender wie die Streikemannliche Richtung, besonders haben sie in der sächsischen Volkskammer der demokratisch-sozialistischen Regierung noch keinerlei Schwierigkeiten gemacht.

Am bürgerlichen Stimmengewinn ist zwar auch die Deutschnationale Volkspartei beteiligt, sie hat sich aber mit bescheidenen Erfolgen begnügen müssen. Sie

Die Stimme der Nationalisten.

Weitere Äußerungen zum Wahlausfall.

Genf, 10. Juni. (TL) In Paris macht sich plötzlich die Erkenntnis geltend, daß die selbstsüchtige Friedenspolitik der Entente gegenüber Deutschland wesentlich zu dem Ausfall der Reichstagswahlen und zur Niederlage der Regierungskoalition beigetragen hat. In der Presse kommt die lebhafteste Befürchtung zum Ausdruck, daß die Durchführung des Versailleser Friedensvertrages in Zukunft auf noch größere Schwierigkeiten stoßen würde als bisher. Das „Journal“ sagt voraus, daß infolge der wahrscheinlich sehr kräftigen Opposition der äußersten Linken die künftige Regierung gezwungen sein werde, mit dem guten Willen der Deutschnationalen zu rechnen. Diese Partei dürfte also die Lage beherrschen, auch wenn sie nicht selbst in die Regierung eintreten würde. Die deutschen Wähler täten aufs neue vor, welche schrecklichen Irrtum diejenigen Politiker begangen hätten, die glaubten, man könne die Ausführung des Friedensvertrages auf Monate und Jahre hinausschieben. Je länger man warte, desto schwerer und riskanter werde die Ausführung werden. Das sei in Rücksicht auf die Lehre der Abstimmung vom 6. Juni.

Das „Echo de Paris“ gibt zu, daß diejenigen Parteien den Erfolg davontragen, die, wie die Unabhängigen, aus allgemein menschlichen und sozialistischen Rücksichten, oder, wie die rechtsstehenden Parteien, aus nationalen Gründen, als Gegner des Versailleser Friedensvertrages aufgetreten seien. Die Ausführung dieses Friedensvertrages sehe aber eine starke Regierung in Deutschland voraus, und gerade in dieser Hinsicht werde nunmehr offenbar die Bildung einer starken Regierung noch schwieriger werden als bisher. Diese Erkenntnis sollte, so meint das Blatt, den Herren Millerand und Lloyd George zum Bewußtsein bringen, daß sie sich schleunigst über die Mittel zur Durchführung des Friedensvertrages einigen müßten, denn wenn sie nicht möglich wäre, so wäre es besser, nicht nach Spa zu gehen.

Der „Temps“ erwartet von den beiden erfolgreichen Parteien, den Unabhängigen und der Deutschen Volkspartei, daß sie unverzüglich ihre Stellung zum Friedensvertrag kundgeben und sich über die Beziehungen des Reiches zu den übrigen Völkern äußern.

Das „Journal des Debats“ ist vorsichtig. Es stellt fest, daß sich zunächst noch, wie so oft in Deutschland, die ganze Entwicklung der Dinge um die Haltung der katholischen Zentrumspartei drehe, und daß es notwendig sei, deren Entscheidung abzuwarten. Das die Haltung der sozialistischen Partei anbelangt, so darf man feststellen, daß der „Populaire“ und das „Journal du Peuple“ lebhaft für eine Einigung der deutschen Mehrheitspartei und der Unabhängigen eintraten.

ist von 310 052 auf 418 200 angestiegen, ihre Vertreterzahl vorwiegend von 4 auf 6. Diese Reaktionskurve ist dabei weit hinter den Hoffnungen zurückgeblieben, mit denen sie sich vielfach gebrüstet hat.

Der Wahlausfall wird in der sächsischen Volkskammer vorwiegend durch die Verdrängung der Frage geben, ob sie in der bisherigen Zusammensetzung und unter der demokratisch-sozialistischen Regierungsmehrheit ihre Arbeiten beenden oder sofort Schluss machen soll. Alle Zweitmöglichkeiten sprechen für ein Aufhören bis zur Erledigung der Verfassung, des Wahlgesetzes und des Staats. Wahrscheinlich wird auch so entschieden werden und die Auflösung der Kammer erst nach Beendigung dieser Arbeiten, vielleicht im Herbst erfolgen.

Scheidemann oder Stresemann?

Kassel, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht des Vorwärts.) Zur Kabinettbildung schreibt Genosse Scheidemann im „Kasseler Volksblatt“ unter dem Titel „Scheidemann oder Stresemann?“, daß er die Vereinnahmung Stresemanns, in ein Kabinett einzutreten, dem auch die S. P. D. angehört, durchaus selbstverständlich findet, denn er kenne Herrn Stresemann nicht erst seit gestern. Nachdem die Mehrheit der Bourgeoisie, auch sehr erhebliche Teile der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Herren Helfferich und Stresemann ernst genommen und entsprechend gewährt hätten, sollte man den Vorzügen dieser unbegreiflich klugen Männer unbedingt Gelegenheit geben zu zeigen, wie sie die in dem Wahlkampf dem Volk gemachten Versprechungen zu erfüllen gedenken. Wenn die Kriegs- und U-Boot-Geldern Helfferich und Stresemann in Spa aufstehen, würden sie von vornherein der jubelnden Aufnahme seitens der Ententevertreter gewiß sein können. Nachdem die demokratischen Parteien sich im Wahlkampf von den deutschnationalen und völkerverhetzlichen Herrschaften Tag für Tag in Verfassungen und in der Presse als unfähig zur Regierung, dagegen als Schieber, Stellenjäger usw. dem Volke hätten vorstellen lassen müssen, so wäre man ihnen wirklich nicht zumuten, mit so einwandfreien und untadelbaren Herren wie Helfferich und Stresemann zusammen zu regieren.

Die Parteien, die sich zu Helfferich und Stresemann bekennen, sind es, die uns in den Krieg und damit ins größte Elend gestürzt haben, obgleich sie dem Volke die herrlichsten Siege in Aussicht gestellt hatten. Sie sind es, die jetzt durch ihre neuen Verhandlungen im Wahlkampf das Volk vor chaotische Zustände gestellt haben. Trotzdem, was jetzt kommt oder doch mindestens kommen kann, wird die Bourgeoisie am schwersten zu tragen haben. Freilich wird leider das ganze Volk mit getroffen werden, aber allzulange wird die Arbeiterklasse dem Treiben der Herren Helfferich und Stresemann nicht mit den Händen in der Hosentasche zuschauen.

In rechtsstehenden Blättern wird eine Neuherausgabe wiedergegeben, die Genosse Scheidemann gelegentlich der Erörterung in einer Stadtverordnetenversammlung getan und die nach der „Deutschen Tageszeitung“ folgenden Wortlaut haben sollte:

„Regen Sie sich nicht weiter auf, wir haben spätestens innerhalb zweier Monate die Revolution. Wir werden dann alles über den Haufen werfen.“

Diese Angabe hängt von vornherein außerordentlich unzuverlässig, und auf die Anfrage eines Berliner Mittagsblattes hin gab Genosse Scheidemann folgende beruhigende Auskunft:

In einer vertraulichen Sitzung des Haushaltsausschusses der Kasseler Stadtverordneten wurde bei der Erörterung des Etats, der ein Defizit von 5 Millionen Mark aufweist, auch die allgemeine politische Lage gestreift. Gegenüber den absolut unberechtigten optimistischen Äußerungen eines deutschnationalen Stadtverordneten schloß sich die Auffassung richtig an, daß wir in kurzer Zeit wieder einen Bürgerkrieg haben könnten.

Diese Äußerung ist, wie erwähnt, in einer als Arena der treulich besprochenen Besprechung gefallen. Von einer Revolution, die in zwei Monaten kommen soll, habe ich nicht gesprochen.“

„Totes Gleis! ...“

Von Willi Dienbaum.

Der Krieg war zu Ende; die Stadt vermilbert, gerührt und verfallen. Die einen rieten zum Weiben, zum Dauern — die andern zog Sehnsucht nach der fernern, sonnig-schönen Stadt, von der sie soviel nun gelesen, gehört. Sie waren die Mehrzahl und führten sorglos mit dem Wahnwitz in die Nacht hinaus, die Brust voller Hoffnung, den Kopf voll Ideale — mitten im Novembersturm, peitschendem, kaltem Regen. Der Zug schob sich langsam ins Feld. Neue Führer führten kriegsversahrene Strecken und Maschinen. Bald mangelte es an Kohlen, an Wasser, dann waren Gleis und Stellwerk nicht mehr in Ordnung. Unkraut war gewuchert in Jahren. Steine lagen im Weg, Schienen waren gelockert, gesackt. Und die brannen im Zuge stoben und lösteten, laurten in Ecken sich; man murmelte und Inzerte fürst für sich ob der Vummelsucht, den vielen Störungen, tobte lauter schon auf Zugführer, Heizer, Zugpersonal und schlafmüde Arbeiter stießen zuwilen den Kopf aus dem Fenster, doch schneller wieder hinein — denn Regen und Sturm schlug ins Gesicht. Und nichts war zu bilden denn rabenschwarze Nacht, ein paar Signallaternen, weit darüber rollender Himmel: die ferne Stadt, das Ziel. Dann oder ward man des Hornes, redete wutenbrannt. Von Abteil zu Abteil scholl der Rärm an; selbst in den Wagen der zweiten und ersten Klasse war man weidlich ungehalten und sprach lobend von der guten, alten Stadt. . .

Und währenddem mühten in Nacht und Regen und Sturm fleißige Arbeiter sich. Die wählten: da hilft kein Ruch, kein Horn — nur herzhast zupacken! Was tat es, daß die Gleise durchnäht und schauzig geworden. Nur bisweilen pflö sie Ingrim und Trub, wenn hagelblau Schimpfworte von Keunmalweissen um ihre Köpfe flogen.

So waren sie Tage und Nächte ins weite Land hinausgefahren. Es ging nun leiblich voran. Der Kälte war Regen und Sturm gemichen.

Die vierte Nacht ein plötzlicher Aus. Halt auf freier Strecke! Weist und brecht kein Haus, kein Licht — undurchdringliche Finsternis: Nur weit vorn zwei tollstommende Bahnlaternen. Die Stadt war noch immer weit fern.

Das Gleis gerstört! Kriegsfolgen noch. Wie desessen Schimpfe und kreischte man mit Zugführer und Heizer. Die aber waren gelassen, gaben trodenen Sinnes den Rat: „Unweder wir fahren zurück zur nächsten Station und holen uns Schienen, legen sie weiter oder aber dampfen zurück zu den Ruinen, daher wie gekommen. Zwei Tage nur und wir sind am Ausgangort.“

Hiermit erledigen sich also die von der reaktionären Presse an die angebliebenen Äußerungen des Genossen Scheidemann geknüpften Kommentare.

Seid umschlungen!

Strenge Gelänge der Deutschen Volkspartei.

Mit brünstigen Schmeicheleien sucht jetzt auch die „Nationalliberale Korrespondenz“, das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, Sozialdemokraten und Demokraten zum Verbleiben in der Regierung zu locken. Das völkerverhetzliche Sprachrohr besingt sich bitter über „rein parteipolitische Bewertung“ des Wahlergebnisses — durch die bisherigen Regierungsparteien! Es schönt:

Man könnte diesen Ausdrücken von ungezügelter Parteifurcht in normalen Zeiten eine Weile mitzusehen. In dieser Zeit aber, in der in Deutschland wirklich das politische und wirtschaftliche Leben immer noch am Rande des Abgrundes steht, wirkt das Loben politischer Leidenchaften gegen feststehende, wenn auch noch so unerwünschte Tatsachen verhängnisvoll. Nachdem das deutsche Volk durch die Wahlen gesprochen hat, muß gerade nach demokratischer Auffassung sein Urteil respektiert werden. Parteifanatismus hat jetzt zu Schweigen. Es gilt einzig und allein an den positiven Wiederaufbau, für den sich das deutsche Volk am 6. Juni entschieden hat. Hand anzuheben und dieser Wiederaufbau ist nur möglich, wenn sich die Verantwortung auch durch Parteifranken hinweg endlich wieder Bahn bricht.

Schau, schau, wie hübsch man plötzlich auf „ungezügelter Parteifurcht“ und „Parteifanatismus“ schmälern kann, nachdem man selber monatelang in wüster demagogischer Weise gegen „Schieberrepublik“ und „Judenregierung“ gehetzt hat! Der Redaktor der „Nationalen Korrespondenz“ schließt mit den Worten:

Hier kann jede Partei, die nicht, wie die Unabhängigen und Kommunisten, zerschören will, zugreifen, und jede Partei, die nicht einseitigen Diktaturgelüsten nachgibt, kann und muß die Artstigung der Staatsautorität auf ihre Fahne schreiben. Auch hier ist die Möglichkeit gegeben, sich bei gutem Willen über Parteifranken hinweg die Hand zu reichen. Deshalb hält die Deutsche Volkspartei der Verwirrung, die sozialdemokratische und demokratische Blätter aus Parteifurcht stiften möchten die klare Parole entgegen: Schluss mit der Parteipolitik, alle Hände frei für den Wiederaufbau des gemeinsamen Vaterlandes.

Vor Lische las man's ander! Da hieß es: Ihr Sozialdemokraten habt Euch hinwegzusehen, das Volk will nicht, daß Ihr Euch an die „Futtertrippe“ drängt. Ihr seid nur Schuster, Schneider, Reisende in Spülkassett, Zubehälter, Analphabeten usw. Ihr versteht nichts vom Regieren, überlaßt das uns, die wir es gelernt haben! — Und nun, so wir gehen wollen, beidwört man uns „Zubehälter und Analphabeten“ plötzlich in den brünstigsten Tönen, dazubleiben und zu helfen, weil es ohne uns nicht ginge! Ein mehr als durchsichtiges Doppelspiel!

Wir aber denken an die Sirenen der alten Odysseusage, die mit den holdsten Gesängen die Vorbeifegenden zur Landung auf ihrer Insel lockten, um sie dann mit scharfen, verborgenen Straßen zu erschleichen. Und wir besolgen das gute Rezept des klugen Odysseus und seiner Gefährten, die sich Wachs in die Ohren stopften!

Der geschäftsführende Ausschuss der „Deutschen Volkspartei“ tritt am 16. Juni zu einer Aussprache über die politische Lage zusammen.

Die beleidigte „Morgenpost“.

Der Ruf nach rechts wird mitgemacht!

In unserer Uebersicht über die Berliner Pressestimmen am Dienstag abend hatten wir unsere Verwunderung über die Anbiederung der „demokratischen“ „Morgenpost“ an die „Deutsche Volkspartei“ ausgesprochen und dabei ganz leise

und leuchtend und pultend ging es zurück ohne zu halten in alte Hag und Tuge und Fron.

Da murmelten dieselben Leute von neuem, die vor wenigen Tagen Schienen zu legen sich geschaut, und rebelen auf Märkten und Plätzen der Stadt von der schönen, sonnigen, großen Stadt der Brüder und Freien, der sie schon so nahe gewesen; nur der Zugführer habe nicht weiter gewollt. . .

An der Bahnhofshalle aber hing noch Wochen danach ein Schild: „Arbeiter zum Streckenbau gesucht! Zugverkehr bis auf weiteres gesperrt!“

Die Reform der Kunsthochschulen. Das Preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hatte die Berliner Akademie der Künste aufgefordert, über die gegenwärtige Lage und über die Reformfähigkeit der staatlichen Kunsthochschulen sich zu äußern. Die Akademie beauftragte ihren künftigen Präsidenten Prof. Max Biedermann mit der Festhaltung des Gutachtens. Biedermann hat es eingereicht und wird Gelegenheit haben, die Durchführung seiner vorläufig theoretischen Vorschläge in dem Amt, das er am 1. Oktober antritt, zu versuchen. In Betracht kommt da, daß im Ministerium das Gebiet der Kunsthochschulen und des künstlerischen Fortbildungswesens überhaupt zunächst in dem aus Halle berufenen Prof. Dr. Wilhelm Wackelbalt einen neuen Dozenten erhalten hat.

Schirin und Gertraude. Zur Begründung des Allgemeinen Deutschen Musikervereins, der jetzt erstmals seit 1914 in der Umstadt tagt, hatte das Berliner Nationaltheater die Ursprungsführung der „Leitenden Oper“ von Paul Graener auf den 8. Juni verschoben. Man kennt die Diktorie vom Grafen Gleichen mit den zwei legitimen Frauen, die Gesellen aneinander fanden und die Doppelgängerin in Eifersucht und letzte Resignation bestien. Ernsthardt, der fleißige Intendant, hat den Stoff mit derben und sprichigen Humoren durchsieht, denen die Naivität des Vorgangs, die besondere Färbung des allgermanischen, türkisch durchsiehten Mittens und die Köppligkeit des fetten Grafen zusetzen kam. Paul Graener griff den Stoff von kalther Seite an, betonte die Liebesleid, in der er sich immer wieder an Wagners Ring-Musik emporstieß, unterließ die Sentimentalität durch Bevorzugung dünner und sorgfältiger Instrumentierung und ließ gerade die Redheit, das Schwingende und Fröhliche, den Champagner im Orchester vermissen. Darunter ist, besonders das allgermanische Vortupfen zum ersten und vierten Akt sowie der ganze erste Akt. Der zweite hebt sich zu einer gesunden Liebesromantik mit dramatischem Einschlag, und erst der dritte zeigt das leichte, sprühende Geistes von Musikanten, die nicht bloß Instrumentalisten sondern. Auf dieser Linie hätte das ganze Werk stehen müssen und wir hätten die Hoff-Brerri-Nähe. Die Polsterie und Bekleidungsleid des Stofflichen erkrankt so in zu wieder, ohne Kontinuitätlichkeit müßig fliehender, guter Allgemeinmuss. Ernsthardt dirigierte ohne Grazie, das Orchester, von diesen Festproben wohl erkrankt, kam menschenwürdig triumph im Streichorper. Ganz ausgezeichnet im Wirbeln der Stimmung, in der Personarbeitung des Kampfespiele-

und höflich gefragt, ob etwa Herr Stinnes mit der Redaktion der „Morgenpost“ Fühlung genommen habe. Hierüber war die gute „Morgenpost“ tief gekränkt und warf uns einige Beschimpfungen, wie „mangelnde Befähigung“, „Verdächtigung“, „böswärtige Unverschämtheit“ usw. an den Kopf. Sie schrieb weiter, daß wir selbstverständlich von der völkerverhetzlichen Haltungslosigkeit unserer Verdächtigungen überzeugt, sondern finden eine glänzende Bestätigung unserer Vermutung — in der „Morgenpost“ selbst. Allerdings ist die Fühlungnahme der Partei Stinnes nicht mit der Redaktion unmittelbar, sondern mit der Inseratenabteilung erfolgt. Am Sonnabend, den 5. Juni nämlich, am dem Tage, also an dem der Wahlkampf auf das heftigste entbrannt war und die wahrhaft demokratischen Blätter, wie das „V. L.“, die „Berliner Volkszeitung“ u. a., von den sozialistischen gar nicht zu reden, die Hauptangriffe gegen die erregte Deutsche Volkspartei richteten, fand sich in der „liberalen“ „Morgenpost“ folgendes Inserat, das fast ein Viertel der Seite einnahm:

Der Ruf nach rechts wird mitgemacht!

Das ist der felsenfeste Vorbehalt ungezügelter Tausender, denen klar geworden ist, daß mit der jetzigen Wirtschaft Schluss gemacht werden muß, soll nicht das ganze Volk zugrunde gehen. Dem aber an der Erhaltung seiner liberalen und sozialen Grundzüge dabei gelegen ist, dem kann die Wahl nicht schwer fallen, wenn er am 6. Juni seine Stimme geben soll, es kann nur die Deutsche Volkspartei sein. Darum auf zur Wahl am 6. Juni für die

Deutsche Volkspartei.

Es muß bemerkt werden, daß die „Morgenpost“ vielfach das Blatt des sogenannten „kleinen Mannes“ ist, der es in dem Vertrauen liebt, von diesem Blatt in einer wahrhaft völkerverhetzlichen Weise geführt zu werden. Wir möchten bezweifeln, ob die Leser der „Morgenpost“ mit der gleichen Engherzigkeit den Ruf nach rechts mitmachen, wie er von der Redaktion der „Morgenpost“ schneidig und irrtümlich durchgeführt worden ist. Die Fühlungnahme des Herrn Stinnes mit der „Morgenpost“ heißt also bestehen.

Gerissene Bewunderung.

Zimmermanns Abbitte an Stresemann.

Unter der Ueberschrift „Recht in der Rechten“ haben wir jüngst Ausführungen des Herrn A. Zimmermann in der „Deutschen Zeitung“ wieder, in denen sich die ehrliche Entrüstung eines extremen deutschnationalen Spiegelte, daß der gerissene Herr Stresemann bei den Wahlen die Deutschnationalen Partei so gründlich über das Ohr gehauen habe. Diese gar zu große Offenherzigkeit hat offenbar in führenden Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei, so man auf die Wahrung des äußeren Scheins noch Wert legt, stark verärgert, und Herr Zimmermann ist von „oben“ gemahnt worden, in Sod und Lische Herrn Stresemann Abbitte zu leisten.

Diese Abbitte fällt allerdings reichlich komisch aus, denn der klare Sinn der Zimmermannschen Ausführungen läßt sich durch keine Deutleiten bewahren. So nimmt Zimmermann seine Ausflucht zu dem allbewährten Druckfehleraufsatz. Wenn er geschrieben hat: „Für die Rechte als Ganzes liegt ohne Zweifel Veranlassung zum Stolz auf das Wahlergebnis vor, für die Volkspartei als solche wohl nicht, so sei das nur Schuld des Siegers, der aus einem „auch“ ein „nicht“ gemacht habe! Aber Verzeihung, Herr Zimmermann, waren denn die Sieher der „Deutschen Zeitung“ an diesem Tage unzurechnungsfähig? Haben die Sieher denn auch den

rischen und in der Fortzeit ihres hübschen Soprans war die Gertraude von Fri. Eich; ihre Partnerin von Korroman n blieb ihr an gutem Spiel und an Ausdruck in dem postosen Akt nichts schuldig. Die Sänger allesamt: strebsam bemüht, aber wenig erhört. Der Beifall rief erst zum Schluss den Kompositionen.

Kurt Singer.

Ordnung als Hochseefischerhafen. Wenn die Hafenanlagen, die jetzt in Harburg vorgenommen werden und geplant sind, vollendet sein werden, dann wird Harburg den größten Hochseefischerhafen Deutschlands besitzen. Wie in „Wert und Reberer“ mitgeteilt wird, ist jetzt in dieser Stadt von den Securitas-Werken auf dem am dritten Hafensboden gelegenen Gelände des Seefahrer eine Schiffwerft und eine Hochseefischerhafen vollendet. Auf einem Raum von 84 000 qm ist eine Werftanlage für kleinere Fahrzeuge erbaut worden. Auch eine große Fischverladerhalle ist angelegt worden. Es soll nun noch in absehbarer Zeit das vierte Hafensboden ausgebaut und eine Großwerft angelegt werden.

Das Alter des Industriearbeiters. Das Deutsche Reichsarbeitsamt hat an den Arbeitern von 15 Industriegruppen durch statistische Untersuchungen festgestellt, daß der Gesamtdurchschnitt aller dieser Gruppen für die Altersklassen bis zu 20 Jahren 47,6 Proz. ausmacht, während in den höheren Altersklassen 92 Proz. der Arbeiter zu finden sind. Auf den ersten Blick erscheint diese Statistik für die älteren Arbeiter als recht günstig; da in dessen das Jahrzehnt von 20—40 die höchste Prozentzahl aufweist, bleiben für die Altersklassen von 41—60 Jahren nur 27 Proz. übrig. Nur ein starkes Viertel der Industriearbeiter kommt demnach im Berufsleben über das 40. Jahr hinaus.

Die Kunst der Erzählung. Hans Reimanns Leipziger „Trache“, dies verdienstliche Ungelüm, das den Epischen und Epiliter in jeder Modenummer hundertmal an den empfindlichsten Stellen beängelt, erzählt heute folgende kleine Beobachtung, die sozusagen jeder schon mal hat machen können:

Vor mir geht eine Dame in Seide und Weiß. Mit ihrem Schönen. Während ich an ihr vorüberfahre, höre ich: „Komm, mein Herzchen, geh schon grade, — in den Kopf hübsch in die Pö!“

Ich habe mich keine zehn Schritte entfernt, da höre ich: „Verdamme Jähre, wüßte ich grade jehn!“

Die Wilmanns veranstaltet für die Teilnehmer an der Reichs-Konferenz am 16. Juni, nachmittags 4,15 Uhr, in den Kammerkeller, eine am Potsdamer Platz eine Vortragsvorführung des phantastischen Märchenfilms „Käsefabrik H. H. H.“ von Paul Wegener. Vorher wird der gleichfalls sehr interessante Vortrag von Dr. Franz Pauli, einleitende Worte über Filmreform, Einladungsreden gegen Einleitung eines internationalen Umwelts durch die Reichs-Konferenz, Schmaragdener Straße 17.

Hans Vorlog hat einen Plan für das Salzburger Festspielhaus entworfen.

Ein Glasmosaikbild Heinz Kampff soll das Höher leer geliebene Bogenschießen über dem Mittelportal des Doms im Aufgang schmücken. Es wird jetzt nach des Künstlers Entwurf bei Guss u. Wagner hergestellt.

Vorfuß von dem „gelungenen Einbruch in den Garten des ver-
fälschten Reichthums“ frei erfunden, wo der gerissene
Herr Stresemann unter Ausnutzung des verabschiedeten Vorgesetzten
„in aller Stille die besten Blätter belegte“ — Zum Kranke
wird es schließlich, wenn Herr Zimmermann erklärt, daß er mit den
Worten „ein recht gerissener Führer“ nur seiner — Bewunder-
ung für Herrn Stresemann habe Ausdruck geben wollen . . .
Wir finden schon diese Bewunderung recht gerissen.

Notwendige Zersplitterung der Arbeiterschaft

Durch deutsch-national-kommunistische Doppelspiel.

Wiederholt wurde festgestellt, daß die Zersplitterungs-
arbeit linksradikaler Heber in der Arbeiterbewegung von
den Reaktionsären nicht nur gern gesehen, sondern
aktiv unterstützt und gefördert wird. Die
„Freiheit“ liefert hierzu neue Dokumente. Das eine lautet:

Deutsche Freiheitspartei.

D. F. P.

Grünwald, den 28. Februar 1920.

Verbreiter Herr Heber!

Sie wollen mit dem Heberbringer dieses, Herrn A. Hister,
einer der prominentesten Führer der Arbeiter-
schaft, in nähere Verhandlung eintreten. Es dürfte ein leichtes
sein, durch Herrn Hister die von uns und auch von Ihnen für not-
wendig erachtete Zersplitterung in die Arbeiterschaft hineinzutragen.

Durch Herrn Hister dürfte es möglich sein, auch Verbindung
mit Rakfa, Koenen, Heinen, Jung, Schwab, Emil Cohen (jedoch
nicht mit Däumig oder Vogt) zu erhalten.

Hister ist schon dadurch absolut vertrauenswürdig,
daß er seit längerer Zeit in Verbindung mit Hauptmann Mos-
cischewski steht.

In der Hoffnung, daß unsere Sache einen guten Ausgang
nehmen wird, bin ich
mit treudeutschem Gruß

Belger.

Die „Freiheit“ bemerkt dabei: „Der hier genannte Hister
hatte im vorigen Jahre verübt, Einfluß auf einige Kreise
der Arbeiterschaft zu gewinnen, wobei er sich vor allem da-
durch hervortat, daß er auf die „Parteien“ und die
„Parteienorganisation“ schimpfte und die Gründung einer
„über den Parteien stehenden“ Arbeiterorganisation empfahl.
Die erfahrenen Genossen erkannten sehr bald die Unzuver-
lässigkeit dieses Herren und schüttelten ihn ab. Welchen
Zielen er in Wirklichkeit diene, erwidert sich aus seiner Ver-
bindung mit dem Hauptmann Moscischewski, dem
früheren Leiter des Spießdienstes im Nord-Süd-Württemberg
und jetzigen Leiter des Nachrichtenendienstes im Reichswehrmini-
sterium. Auch die Verbindung Histers mit Belger, einem
der Leiter der antisemitischen Bogromorganisa-
tionen, zeigt die wahre Natur dieses Verräthers.“

Das zweite Dokument stammt aus den Rapp-Tagen und
lautet:

Auswärtsamt.

D. F. P.

Verständlich!

Hochzuverehrender Kamerad!

Erg. v. Falkenhäuser teilt mir soeben mit, daß seine
Bedenken gegen Verhandlungen mit Herrn Rakfa bestehen. Sie
wollen bitte sofort durch Vermittlung des Kapitan. von Seel-
horst die Verbindung noch heute aufnehmen. Da unsere Fonds
infolge der Ihnen bekannten Schwierigkeiten augenblicklich fast
erschöpft sind, wollen Sie zu Lasten der Nachrichtenab-
teilung aus dem Dispositionsfonds 1c bis zu 50 000 (Fünfzig-
tausend Mark) nach eigenem Ermessen verwenden, der Reichs-
wehrminister, E. Erg. von Wittwig, hat soeben ent-
sprechende Anweisung ergehen lassen.

Hauptmann Rakfa ist nur dahingehend zu informieren,
daß Verhandlungen mit Arbeiterführern eingeleitet
sind.

Da ich heute nicht anwesend bin, wollen Sie das Re-
sultat Ihrer Besuchen und die projektierte Zeit und Ort der Zu-
sammenkunft persönlich Erg. von Falkenhäuser mitteilen.

Ich erbitte schriftliche und telefonische Empfangsbestätigung.
Mit kameradhaftlichem Gruß

8 Anlagen.

Ihr

M. von Heimburg.

M. v. Heimburg ist ein eifriger Mitarbeiter der
„Deutschen Zeitung“ und „Deutschen Tageszeitung“. Vor-
dem war er Pressebegehrter bei Wittwig. Herr v. Fal-
kenhausen wurde von Wittwig am 18. März als Chef
der Reichsanlei eingesetzt. Herr Rusch oder, dessen Tä-
tigkeit die Männer der „Ordnung und des Aufbaues“ mit
50 000 M. aus Staatsmitteln bewerteten, er ist
allen Berliner Arbeitern wohlbekannt: Er ist das kom-
munistische Mitglied des ehemaligen Ber-
liner Volksgesangs, derselbe Mann, der vor Jahren
von Arbeitern seine wilden Brandreden gegen die
„Arbeiterverräter“ der S. V. D. hielt. Heute figuriert Rusch
als Führer der Berliner S. V. D.

Werden die Arbeiter endlich merken, wo
die wirklichen Verräter sitzen?

Vaterland und Partei.

Das Wesen der Reaktion um die Sozialdemo-
katie und ihre Versuche, diese in eine Koalition mit der
„Deutschen Volkspartei“ hineinzutreiben, deutet mit unermind-
elter Heftigkeit an. Alle Kräfte werden gegangt, um die wider-
spenstige Sozialdemokratie ins Schlepptau zu nehmen. Der schwe-
rindustrielle „Lag“ entdeckt sein patriotisches Herz, und nachdem er
mit einer Träne im Auge festgestellt hat, daß die Gegner sich nicht
nummer verabschieden in die Arme sinken, ruft er pathetisch aus:

Es gilt das Vaterland, als welches das Volksgange mit
Kopft und Gliedern zu verstehen ist.

Woll wir also das deutsche Vaterland, das wir mehr und un-
eigenartiger zu lieben bedauern, als die Ethnospartei, für die
Patriotismus und Geschäft noch immer zusammenhängen,
nicht an das Großkapital und die Reaktion verlaufen
wollen, deshalb wirft man uns Rangel an Patriotismus vor!

Die Phrase von der „verbreiterten Plattform“ wird von der
„Täglichen Rundschau“ aufgenommen. Es ist der Ansicht, daß
wir, wenn wir uns bisher an den kapitalistischen Tendenzen der
Demokraten nicht gehalten hätten, dies auch bei der „Deut-
schen Volkspartei“ nicht zu tun brauchen. Mit Verlust, daß es doch
ein kleiner Unterschied, den das reaktionäre Blatt übersehen hat.
Die demokratische Partei ist allerdings eine kapitalistische, jedoch war
dies nicht die gemeinsame Plattform, außer wir uns mit ihr zu-
sammenhänden, sondern es war die Heberzeugung von den demo-
kratisch-republikanischen „Wahlkreisen“. Beide aber
werden von der reaktionären „Deutschen Volkspartei“ ne-
giert, und deshalb würde die Plattform für den Fall ihres Ein-
ganges zur Koalition nur beschmalert, keineswegs aber
verbreitert werden.

Die „Tägliche Rundschau“ glaubt, uns das Zusammengehen
mit ihren politischen Freunden dadurch besonders schmackhaft
machen zu können, daß sie die Koalition mit der Sozialdemokratie
als ein Opfer bezeichnet, und heuchlerisch erklärt, man bringe
das Opfer im Interesse des Volksganges. Weshalb die starke Be-
deutung des Opfergedankens? Haben wir vielleicht die
„Deutsche Volkspartei“ bisher gebeten, uns dieses Opfer zu brin-
gen? Wir haben demgegenüber, gewissermaßen auf dem Präsent-
ierteller dargelegten Opfermut als dem verkehrtesten Ver-
such einer Anbiederung mit dem gebührenden Miß-
trauen gegenüber. Opfer, die unversorgt dargebracht werden,
sind bekanntlich nicht gottgefällig, das sollte die fromme
„Tägliche Rundschau“ doch wissen!

In der „Deutschen Tageszeitung“ appelliert Graf Revent-
low gleichfalls an das Zusammengehörigkeitsgefühl
des deutschen Volkes, an dessen Zerstörung er durch die von
ihm betriebene Rassenpolitik bekanntlich den Hauptanteil
trägt. Ungeachtet aller Gegenstände, so fordert er, müßte alles ver-
hindert werden, daß eine Lage eintritt, in der der Bürgerkrieg
unabwendbar sei. Was Herr Reventlow nun kommt, um
diesen Bürgerkrieg zu schüren, das hat er bisher getan, und
hauptsächlich der von ihm vertretenen unseligen Politik der
Volkserziehung verdanken wir die heutige schmierige Lage.
Infolgedessen sind seine gegenwärtigen Sammelrufe nichts anderes,
denn als widerwärtige Heuchelei und Unwahrhaftigkeit. Die So-
zialdemokratie wird zu betonen haben, daß sie unter Pa-
triotismus etwas anderes versteht, als die Herren von der
Schwerindustrie und der Reaktion. In diesem Sinne
wird sie zu dem Problem „Vaterland oder Partei“ Stellung
nehmen.

Wenn die Reaktion triumphiert.

Die unabhängige „Freiheit“ bespricht wieder einmal in ihrer
Tonart die Anklageerhebung gegen die Rarburger Studenten, die
in Thüringen während der Rapp-Tagen bekanntlich eine Reihe von
Arbeitern nachsichtsweise erschossen hatten. Ihre Entrüstung über
die Tat gibt die „Freiheit“ erneut in krassesten Worten kund und
fügt die folgenden bemerkenswerten Sätze an:

Aber diese Tat konnte ja nur geschehen, als Folge der mah-
lofen Hete gegen die Arbeiterschaft, der militaristischen und
nationalistischen Reaktion, die an den Unversitäten in vollster
Milde steht. Diese Tat beweist aber auch mit größter Deutlichkeit,
welchen Zuständen wir entgegensehen, wenn die Reaktion in
Deutschland triumphiert. Die Brutalität der Nationalisten und
Militaristen kennt keine Grenzen. Horst-Ulmann ist ihr Ideal.

So sieht die „Freiheit“ auf der zweiten Seite die politische
Zukunft: Welchen Zuständen wir entgegensehen, wenn die Re-
aktion triumphiert.

Auf der ersten Seite derselben Nummer aber tritt Rudolf
Breitscheid unentwegt weiter dafür ein, den reaktionären
Parteien allein die Regierungsbildung zu überlassen, ungeach-
tet dessen, was dann kommen mag. „Wegen Arbeiterrechte
und sonstige schöne Dinge auch in Gefahr geraten und beseitigt
werden. Das wichtigste ist für die Unabhängigen, das sie am
Schlusse sagen können: „Ei, wir haben es schon lange gewußt!“

Demokratie und Regierungsbildung.

In einer Mitgliederbesprechung der Demokratischen Fraktion
von gestern nachmittags wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Be-
fragung der Siegerparteien über ihre künftige positive Mit-
arbeit in aller Öffentlichkeit erfolgen müsse, damit das ganze Volk
mit aller notdürftigen Deutlichkeit die Verwicklung und Ver-
wirrung erkenne, die durch sein Votum entstanden sei. Die
Demokratische Fraktion habe keinen Anlaß, vorher aus der
Zurückhaltung herauszugehen, die ihr durch die Verminde-
rung ihrer Stärke, durch das Rotum der Wähler auferlegt sei. Ein
formulierter Beschluß ist jedoch nicht zustande gekommen. Heute
nachmittags um 8 Uhr tritt der Parteivorstand der Demo-
kraten zusammen.

Genosse Erwin Barth teilt uns mit: In den Berichten bürger-
licher Blätter über meinen Vortrag über die bevorstehende Re-
gierungsbildung heißt es, daß meine Ausführungen ohne Opposition
und mit Beifall aufgenommen worden sind. Das stimmt, jedoch
müßte hinzugefügt werden, daß die Diskussionsredner
den Gedanken eines Zusammengehens der Sozial-
demokratie mit der Deutschen Volkspartei alle-
abgelehnt haben. Eine entsprechende Resolution
wurde angenommen.

Groß-Berlin

Die falsche Verbindung.

Zum Thema „Rohznährhundertzwanzig“.

Die eigentümliche, von der Bekleidungs-angewandte Zahlenan-
sprache auf einigen Geschäftsstellen in Berlin wurde vor kurzem
an dieser Stelle als unverständlich und irreführend bezeichnet.
Es wurde dabei ausgedrückt, daß die falschen Verbindungen im
Fernsprecher weniger auf falschen Verbindungen der Beamten
als auf falschen „Stüpfeln“ zurückzuführen sind. Die folgenden
Ausführungen unserer Mitarbeiter Karl Kammann, die sich
nicht ganz mit meinen Erfahrungen decken, enthalten einen
Vorschlag zur Klärung.

Die Zahlenansprache ist geändert worden, weil tatsächlich die
Mehrzahl der falschen Verbindungen vom falschen Ziffern des Zahlen-
komma. Darin bin ich aber mit dem Verfasser des ersten Auf-
satzes einig, daß sie nicht die einzige Fehlerquelle ist, die falsche
Verbindungen verursacht, sondern daß auch ein großer Teil —
aber immerhin der kleinere — auf falsches Stüpfeln zurückzuführen
ist. Ich habe deshalb bereits im Oktober Rückschlüsse gemacht, wie
auch dem letztgenannten Hebel gesteuert werden könne. Dabei
leitete mich die Ansicht, den Teilnehmern die Korrektheit des
Hoffschwerbundes und falschangerufenens zu erparten, dem
Personal aber die durch falsche Verbindungen entstehende Wehr-
arbeit und die Körperlichkeiten, die aus falschen Verbindungen ent-
stehen.

Jetzt sind auf den Kreistern nur die Hunderten und Tausender
in Zahlen vorgebracht. Die Zehner und Einer sind nicht mit Zah-
len versehen, vielmehr sind die jeweils 100 Stüpfel in je fünf
Reihen zu 20 angeordnet und müssen nach ihrem Platz gefunden
werden. Zur Orientierung ist immer noch dem fünften Loch ein
weißer Punkt, nach dem Zahlen sind zwei oder drei. Das Schlimme
ist aber, daß man in der Fernsprechanlage mit 0 anfangen muß zu
zählen, so daß z. B. das Loch mit der Teilnehmernummer 2 nicht
das zweite, sondern das dritte ist. Das gibt natürlich bei An-
fängerinnen leicht zu Irrtümern Veranlassung, ebenso der Um-
stand, daß der erste Punkt wohl nach dem fünften Loch ist — aber
nicht etwa nach der Teilnehmernummer 5, sondern nach der Teil-
nehmernummer 4, denn die Zahlen sind ja so eingeteilt:

0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 . . . 10 11 12 13 14 . 15 16 17 18 19

Um diesen Irrtum zu beseitigen, habe ich vorgeschlagen,
nicht mehr die Zwischenräume zwischen den Löchern zu bezeich-

nen, sondern die Löcher selbst, wie man es von jedem Wähl-
buch kennt, wo auch 0 und 10 ganz lauge Striche haben, 5 und 15
Halblänge. Das Bild sieht dann so aus:

0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19

so daß die Null für das Auge ausfällt und zwischen zwei Zeichen
immer nur noch 4 Löcher sind. In alle Löcher Zahlen anguschie-
ben empfindet sich nicht: Sie würden zu klein, oder das Wähl-
buch würde zu groß, man könnte nicht mehr über 10 000 Stüpfel-
löcher hinweggreifen, und die 10 000 Zahlen würden verwirrend
wirken.

Zum Schluß noch die Antwort auf die berechtigte Frage, warum
man mit Null anfangen muß zu zählen: Würde man mit 1 anfan-
gen, so läme die Zahl 100 als einzige Hundertzahl ins erste Feld,
im zweiten Feld wären alle dreistelligen Zahlen, die mit 1 an-
fangen, ausgenommen die Zahl 100, dafür aber die nicht hinein-
gehörende Zahl 200. Und ebenso wäre es durch alle Hundert-
er und Tausender hindurch. Diese Ausnahme wäre noch störender,
als der Beginn mit Null.

Ob die Post meinen Vorschlag annimmt, weiß ich nicht, hoffe
es aber. Nicht nur den Teilnehmern, sondern auch dem Personal
würde dadurch das Leben erleichtert werden, wenigstens nach mei-
ner Heberzeugung. Ich weiß auch, daß sich in der Heberzeugung
vielleicht die falschen Verbindungen noch vermehren würden, weil
sich die Fernsprecherinnen eben erst an die neue Bezeichnung ge-
wöhnen müßten, und daß sich deshalb sogar etwas Widerstand
gegen den Vorschlag ergeben könnte. Aber das sind eben Kinder-
krankheiten, die bei allen Neuerungen auftreten und in Kauf ge-
nommen werden müssen. Auch der Widerstand gegen die Zahlen-
ansprache wird sich legen, denn sie ist gut und wird auch nur von
einem kleinen Teil des Personals beanstandet. Die Mehrzahl hat
ihre Vorteile bereits erkannt und merkt sie gern an, da ihr Vor-
teil in die Augen springt. Ich darf das vielleicht um so mehr aus-
sprechen, als ich von Anfang an auch Zweifel gehabt habe, die ich
aber auf Grund der offenkundigen Erfolge zurückgestellt habe.

Der Stimmzettel für die Berliner Wahlen.

Am Sonntag, den 20. Juni, haben die Gemeindevorstände im
neuen Berlin in einem Wahlgange sowohl Stadtverordnete
wie Bezirksverordnete für die einzelnen Bezirksversamm-
lungen zu wählen. Nachdem der leitende Wahlkommissar, Ober-
bürgermeister Bormuth, auf Grund einer Ermächtigung des
Ministers des Innern zur Vereinfachung des Wahlganges ange-
ordnet hat, daß beide Wahlen mit einem einzigen
Stimmzettel vollzogen werden können, wird der Stimmzettel
für die neuen Berliner Gemeindevorstände etwas vermindert
aussehen. Nach Vereinbarung mit den Kreiswahlkommissaren ist
ein Muster aufgestellt worden, das vier Erklärungen enthält:
am Kopf steht die Parteibezeichnung. Dann folgen für die Stadt-
verordnetenwahl ein oder mehrere Namen des betreffenden Kreis-
wahlbezirks und im Anschluß hieron die Erklärung, daß diese
Stimme auch für den angeführten Stadtwahlbezirk gilt; den
Schluß bilden ein oder mehrere Namen aus dem Wahlbezirk
für die Bezirksversammlung. Das Alles wird hierdurch zweifel-
los vereinfacht, da aber für die Bezirksversammlungen an erster
Stelle oft andere Persönlichkeiten aufgestellt worden sind, als für
die Stadtverordnetenversammlung, so müssen für jeden Verwal-
tungsbezirk besondere Stimmzettel gedruckt werden und es besteht
außerdem die Gefahr, daß an den Grenzen der Verwaltungsbezirke
Stimmzettel des Nachbarbezirks abgegeben werden, die für ungültig
erklärt werden müßten.

Im übrigen sind für die Stadtverordnetenwahl in den 15
Wahlkreisen Groß-Berlins nicht nur von den 6 politischen Parteien
zusammen 90 Wahlvorstände ernannt worden, sondern über-
insgesamt 120 Listen. Es treten fast überall zu den sozialistischen
und bürgerlichen Parteien noch die parteilose Vereini-
gung der Frauen Groß-Berlins des Präulein Anna von
Osterle und die Wirtschaftliche Vereinigung hinzu. Für die 20
Bezirksversammlungen ist sogar eine noch größere Zersplitterung
festzustellen. In manchen Bezirken haben besondere örtliche Ver-
einigungen, wie Kommunalbeamten, Gewerbetreibende und
Grundbesitzer, besondere Listen eingereicht, jedoch die Gesamtzahl
aller Groß-Berliner Wahlvorstände, zu denen noch die Stadt-
listen für ganz Groß-Berlin zur Berechnung der Reststimmen
hingelommen, sich auf etwa 200 beläuft.

Ein schwerer Explosionsunfall hat sich gestern in Weihensee
ereignet. Auf einem Grundstück der Falkenberger Str. befindet sich
seit längerer Zeit eine Patent-Rohstofffabrik. Gestern sollte eine
Reibmasse flüssig gemacht werden, wobei gewöhnlich Benzol zur
Rohstoffherstellung angewendet wird. Trotz aller polizeilich vorge-
schriebenen Vorsichtsmaßnahmen geriet ein Quantum Benzol mit der
noch nicht erloschenen Wärmehitze zusammen, wodurch eine Stich-
flamme hervorgeraten wurde, die fünf in der Nähe befindliche
Arbeiter so schwer verletzte, daß sie sämtlich dem Viktoria-
Krankenhaus in Weihensee zugeführt werden mußten. Es handelt
sich um die Arbeiter Josef Thomas aus der Stallpauer Str. 17,
Max Oelner aus der Neuen Schönhauser Str. 15, Georg
Bemke aus der Langhausstr. 109, Erich Spultrich aus der
Berliner Allee zu Weihensee und Friedrich Trubertowski aus
der Falkenberger Str. 79.

Rückkehr deutscher Kinder aus Dänemark. Wie das Zentral-
amt des roten Kreuzes mitteilt, tritt am 11. Juni, abends
10 Uhr, ein Rücktransport von 200 Kindern aus Dänemark
auf dem Steiliner Bahnhöfen ein. Es handelt sich um Kinder
früherer Transporte, die vor dem 4. April ausgewandert sind.

Erhöhte Verpflegungsgelder für heimgekehrte Kriegsgefangene.
Wie uns mitgeteilt wird, sind nach neueren Bestimmungen die
„Verpflegungsgeldsätze für den achtwöchentlichen Urlaub“, der
den Heimkehrern nach ihrer Ankunft hier zusteht, von 2,70 RM. pro
Tag auf 6 RM., 5 RM. usw. — je nach der Ortschaft — erhöht, und
sogar rückwirkend ab 1. Januar 1920. Bereits seit Montag, dem
7. ds. Mts., wird diese Differenz von den Entlassungsstellen 1—6
B. im Reichsamt für Kriegsgefangene, Berlin-Schöneberg, General-
verpflegungswesen, den Heimkehrern auf ihren Antrag hin ausbezahlt.
Vorgulden sind: Entlassungsstellen, Post, Polizeiliche Anmeldung.

Ausgabe der Groß-Berliner Technikerschaft. Anlässlich des
1. ordentlichen Bundeskongresses des Bundes der technischen Angestellten und
Beamten, der am 12., 13. und 14. Juni stattfindet, veranstaltet die Orts-
verwaltung Berlin in der Kochstr. am Tempelhofer Berg, Altkir-
chstr. 1—4, am 12. Juni, nachmittags 5 Uhr, eine Ausgabung, in deren
Witzpunkt Vorstand von Dr. Fritz Wiermann, Vorstandmitglied der W. A.,
über: „Der Techniker in Deutschland neuer Wirtschaft“, und des Ober-
ingenieur Erich Hartmann, bisherigem Vorsitzenden d. S. V. L. über:
„Der Techniker im öffentlichen Leben“ reden werden. — Ein Rosenkranz
unter Leitung des Obermusikleiters Kierlich und künstlerische Darbietungen
von hervorragenden Künstlern und Künstlerinnen sollen die Mitglieder des
Bundes auf ein paar Stunden in angenehmer Gemütsstimmung zusammen-
halten. Eingeladen zu dieser Ausgabung sind alle Mitglieder des Bundes,
ihre Damen und Freunde der Bewegung. Die Eintrittskarten zum Preise
von 2,50 M. sind bei den Ortsverwaltungsvorsitzenden und am Sonntag
an der Kasse zu haben.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Morgen, 11. Juni.

45. Abt. 8 Uhr bei H. v. Kolonnenstr. 15. Sitzung der Bezirksräte,
Funktionäre und Parteileitungskomitee.
Kieberschankstr. 74, Uhr im Restaurant „Waldschloß“, Kiebers-
schank-Str. 64: Mitgliederversammlung.

